

INHALTSVERZEICHNIS

1. Teil: Einleitung	1
A. Zweck und Gegenstand der Untersuchung	1
B. Bedeutung und Funktion des Informationsrechts	5
I. Bedeutung des Informationsrechts	5
1. Begriff des Informationsrechts	5
2. Individualrecht	5
3. Unterschied zwischen kollektiven und individuellen Informationsrechten	6
4. Selbständiges mitgliedschaftliches Recht	8
5. Eigennütziges Recht	10
II. Funktionen des Informationsrechts	11
1. Informationsfunktion	11
2. Kontrollfunktion	11
3. Rechenschaftsfunktion	12
C. Die durch die Informationsgewährung berührten Interessen	13
I. Gesellschafterinteresse	13
II. Gesellschaftsinteresse	14
III. Interessen Dritter	15
D. Zusammenfassung zu 1. Teil	17
2. Teil: Informationsrecht nach § 51 a GmbHG	18
A. Träger des Informationsrechts	18
I. Gesellschafter als Berechtigter	18
II. Ausgeschiedene Gesellschafter	18
III. Gesellschafter einer aufgelösten GmbH	20
IV. Sonstige Berechtigte	21
V. Ausübung des Informationsrechts durch Dritte	23
1. Erfordernis der Ausübung des Informationsrechts durch Dritte	24
2. Zulässigkeit	25
a) Hinzuziehung eines Beistands	25
b) Ausübung durch Stellvertreter	27
aa) Gesetzliche Stellvertretung	27
bb) Gewillkürte Stellvertretung	27

3. Person des Dritten (Personenkreis)	28
a) Allgemeines	28
b) Mitgesellschafter	29
c) Berufsmäßig geeignete Dritte	30
d) Einwendungen gegen die Person des Dritten	30
VI. Zusammenfassung zu A	31
B. Informationspflichtiger	32
I. Gesellschaft als Schuldnerin	32
II. Konsequenzen im Konzern und in der GmbH & Co. KG	34
III. Zusammenfassung zu B.....	35
C. Erfüllung des Informationsanspruchs (Informationsgewährung)	36
I. Auskunftserteilung	36
1. Auskunftsverlangen.....	36
2. Art und Weise der Auskunftserteilung.....	38
a) Form der Auskunftserteilung	38
b) Unverzügliche Erteilung.....	38
c) Grundsätze gewissenhafter und getreuer Rechenschaft	39
II. Einsichtnahme.....	39
1. Einsichtsverlangen	40
2. Art und Weise der Einsichtsgewährung.....	40
III. Verhältnis von Auskunftsrecht zu Einsichtsrecht	42
IV. Zusammenfassung zu C	43
D. Gegenstand und Umfang des Informationsrechts	44
I. Gegenstand und Umfang des Auskunftsrechts	44
II. Gegenstand und Umfang des Einsichtsrechts	46
III. Einzelfragen zum Gegenstand des Informationsrechts	48
1. Information über die persönlichen Angelegenheiten der Geschäftsführer	48
2. Information über die Bezüge der Geschäftsführer	49
3. Information über den Jahresabschluss	50
4. Information über Spenden	51
5. Information über Vorgänge in Aufsichtsratssitzungen	52
a) Die Rechtslage beim fakultativen Aufsichtsrat	52
b) Die Rechtslage beim obligatorischen Aufsichtsrat nach dem Mitbestimmungsgesetz von 1976.....	53
6. Information über steuerliche Wertansätze und Höhe einzelner Steuern	55

7. Information über den Unterschied zwischen dem Wertansatz in der Handelsbilanz und dem wahren höheren Wert und über die Bewertungs- und Abschreibungsmethoden	56
IV. Gegenstand des Informationsrechts im Rahmen von Unternehmensverbindungen	56
1. Begriff der verbundenen Unternehmen.....	57
2. Die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen als Angelegenheiten der Gesellschaft	58
3. Angelegenheiten verbundener Unternehmen als Angelegenheiten der Gesellschaft	58
a) Das Informationsrecht des Gesellschafters der Obergesellschaft über Angelegenheiten der Untergesellschaft.....	58
b) Das Informationsrecht des Gesellschafters der Untergesellschaft über Angelegenheiten der Obergesellschaft	60
V. Gegenstand des Informationsrechts in einer GmbH & Co. KG	61
VI. Zusammenfassung zu D	62
E. Informationsverweigerung nach § 51 a Abs. 2 GmbHG.....	63
I. Materielle Voraussetzungen des Informationsverweigerungsrechts.....	63
1. Verwendung der Information zu gesellschaftsfremden Zwecken.....	63
a) Allgemeines	63
b) Verwendung für ein Konkurrenzunternehmen	64
c) Verwendung für die Veräußerung des Geschäftsanteils.....	67
d) Sonstige Anwendungsfälle	68
2. Der nicht unerhebliche Nachteil.....	68
3. Besorgnis gesellschaftsfremder Verwendung und der Nachteilszufügung.....	69
II. Förmliche Voraussetzung (Gesellschafterbeschluss)	71
III. Zusammenfassung zu E.....	73
F. Rechtsfolgen rechtswidriger Informationsverweigerung	75
I. Informationserzwingungsverfahren	75
1. Gerichtliche Zuständigkeit	75
2. Antrag.....	76
a) Antragsberechtigte und- gegner.....	76
b) Frist und Form des Antrags	78
3. Entscheidungsgegenstand und gerichtliches Verfahren	79
4. Rechtsmittel.....	80
5. Kosten des Verfahrens	81
6. Rechtsfolgen der stattgegebenen Entscheidung	82

7. Informationserzwingung in der GmbH & Co. KG.....	83
II. Anfechtungsklage	83
1. Allgemeines.....	83
2. Verhältnis zum Informationserzwingungsverfahren	85
III. Schadensersatzansprüche bei der Verletzung des Informationsrechts	87
1. Ansprüche des Gesellschafters.....	87
a) gegen die Gesellschaft	87
b) gegen die Geschäftsführer	87
c) gegen seine Mitgesellschafter.....	88
2. Ansprüche der Gesellschaft.....	88
a) gegen die Geschäftsführer	88
b) gegen den informationsbegehrenden Gesellschafter	88
IV. Zusammenfassung zu F.....	88
3. Teil: Unangemessenheit des § 51 a GmbHG	89
A. Gefährdung von Gesellschaftsinteressen wegen eines unbeschränkten Informationsrechts.....	89
I. Gefährdung von Gesellschaftsinteressen an der Geheimhaltung der Gesellschaftsinterna	90
1. Gesellschaftsinterna	90
2. Gefährdung von Gesellschaftsinteressen wegen einer Ausbeutung der gesellschafts- internen Kenntnisse	92
3. Besondere Gefahr für die Gesellschaft wegen Ausnutzung der Gesellschaftsinterna durch die Gesellschafter, die mit der Gesellschaft im Wettbewerb stehen	95
a) Allgemeines	95
b) Unangemessenheit des § 51 a Abs. 2 GmbHG.....	97
aa) Beherrschender Gesellschafter (Mehrheitsgesellschafter)	98
(1) Herrschaftsmacht des Mehrheitsgesellschafters in einer GmbH.....	98
(2) Keine Schutzfunktion des § 51 a Abs. 2 GmbHG gegen die Ausnutzung gesellschaftsinterner Kenntnisse durch einen Mehrheitsgesellschafter	99
bb) Nicht beherrschender Gesellschafter (Minderheitsgesellschafter).....	101
II. Beeinträchtigung des Geschäftsbetriebs	103
B. Gefährdung von Drittinteressen wegen eines unbeschränkten Informationsrechts ...	105
C. Zusammenfassung zu 3. Teil.....	106
4. Teil: Lösungsmöglichkeiten zur Unangemessenheit des § 51 a GmbHG	107
A. Ungeschriebene Schranken des Informationsrechts	108

VIII

I. Zulässigkeit der ungeschriebenen Schranken des Informationsrechts.....	108
II. Mitgliedschaftliche Treuepflicht des Gesellschafters als ungeschriebene Schranke des Informationsrechts.....	109
1. Treuepflicht des GmbH-Gesellschafters im allgemeinen	109
a) Gesetzliche Grundlage der Treuepflicht der GmbH-Gesellschafter.....	110
aa) Meinungsstand.....	110
bb) Stellungnahme.....	110
b. Das Verhältnis der Treuepflicht zum Missbrauchsverbot	112
c) Funktion der Treuepflicht	113
d) Geltungsgrund der Treuepflicht	114
e) Treuepflicht der Gesellschafter untereinander.....	115
f) Inhalt der Treuepflicht.....	116
g) Umfang und Intensität der Treuepflicht	117
aa) Bedeutung der Realstruktur der Gesellschaft für den Umfang und die Intensität der Treuepflicht.....	117
bb) Umfang und Intensität der Treuepflicht bei Ausübung von Mitgliedschaftsrechten	117
(1) Uneigennützige Rechte.....	118
(2) Eigennützige Rechte.....	119
2. Bedeutung der Treuepflicht für das Informationsrecht der Gesellschafter	119
a) Allgemeines	119
b) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.....	120
aa) Grundsatz der Geeignetheit	121
bb) Grundsatz der Erforderlichkeit.....	122
(1) Grundsatz der Erforderlichkeit bei den zur Unzeit gestellten Fragen	122
(2) Grundsatz der Erforderlichkeit bei einer Unzahl von Fragen	123
(3) Grundsatz der Erforderlichkeit bei den Fragen, die einen unzumutbaren persona- len und finanziellen Aufwand erfordern.....	124
(4) Grundsatz der Erforderlichkeit im Fall, in dem die Gesellschaft über ein an die Kriterien des § 90 AktG angelehntes Berichtssystem verfügt.....	125
(5) Grundsatz der Erforderlichkeit bei den Fragen, die zweckwidrige Ziele verfolgen.....	126
(6) Grundsatz der Erforderlichkeit bei der Rangordnung zwischen Einsichts- und Auskunftsrecht.....	127
(7) Grundsatz der Erforderlichkeit in den sonstigen Fällen	128
cc) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	129
III. Sonstige ungeschriebene Schranken des Informationsrechts	131

1. Fehlen der allgemeinen Anspruchsvoraussetzungen	131
2. Unmöglichkeit.....	132
a) Die „echte“ Unmöglichkeit (§ 275 Abs. 1 BGB n.F.).....	132
aa) Objektive Unmöglichkeit	133
(1) Naturgesetzliche Unmöglichkeit	133
(2) Rechtliche Unmöglichkeit.....	133
(a) Gesetzliche und behördliche Verbote.....	133
(aa) Strafbarkeit	133
(bb) Datenschutzrecht.....	136
(cc) Persönlichkeitsschutz	137
(b) Geheimhaltungsabreden	139
bb) Subjektive Unmöglichkeit (Unvermögen)	140
b) Praktische Unmöglichkeit (§ 275 Abs. 2 BGB)	140
3. Informationsbedürfnis	141
4. Funktionsgerechtes Verhalten des Gesellschafters	143
IV. Zusammenfassung zu A	144
B. Verschwiegenheitspflicht des Gesellschafters kraft Treuepflicht	146
I. Allgemeines	146
II. Informationsweitergabe an einen Erwerbsinteressenten als Treuepflichtverstoß...148	
III. Folgen der Verletzung der Verschwiegenheitspflicht	150
C. Wettbewerbsverbot des Gesellschafters kraft Treuepflicht	151
I. Gegenstand der Untersuchung und seine gesetzliche Ausgangslage.....	151
II. Notwendigkeit eines generellen Wettbewerbsverbots für GmbH-Gesellschafter wegen einer Ausbeutung von Gesellschaftsinterna	153
1. Besondere Gefahr für die Gesellschaft wegen Ausnutzung der Gesellschaftsinterna durch ihre Konkurrentengesellschafter.....	153
2. Unangemessenheit des § 51 a Abs. 2 GmbHG und der anderen Rechtsbehelfe gegen eine Ausbeutung von Gesellschaftsinterna	153
a) Unangemessenheit des § 51 a Abs. 2 GmbHG.....	154
aa) Unangemessenheit des § 51 a Abs. 2 GmbHG beim Mehrheitsgesellschafter	154
bb) Unangemessenheit des § 51 a Abs. 2 GmbHG beim Minderheitsgesellschafter	156
(1) Meinungsstand.....	156
(2) Stellungnahme	158

b) Unangemessenheit der anderen Rechtsmittel gegen eine Ausbeutung der gesellschaftsinternen Kenntnisse	159
c) Zwischenergebnis	162
III. Problematik des § 1 GWB und des § 138 BGB (Schranken des Wettbewerbsverbots)	163
1. Problematik des § 1 GWB.....	163
a) Anwendbarkeit des § 1 GWB auf Wettbewerbsverbote für Gesellschafter	164
aa) Vereinbarungen	164
bb) Miteinander im Wettbewerb stehende Unternehmen.....	165
cc) Wettbewerbsbeschränkung.....	165
dd) Spürbare Außenwirkung.....	166
b) Freistellung von der Unwirksamkeit des § 1 GWB.....	167
aa) Theorie der kartellrechtsfesten Treuebindung	167
bb) Güterabwägungstheorie.....	168
cc) Immanenztheorie	169
(1) Begründung der Immanenztheorie	169
(2) Voraussetzungen der Freistellung	170
(a) Meinungsstand.....	171
(b) Stellungnahme.....	172
2. Problematik des § 138 BGB.....	174
IV. Wettbewerbsverbot des Gesellschafters im GmbH-Konzern	174
1. Faktischer Konzern	175
2. Vertragskonzern	176
V. Der Umfang des Wettbewerbsverbots.....	177
1. Dauer des Wettbewerbsverbots.....	177
2. Sachliche Reichweite des Wettbewerbsverbots	178
VI. Rechtsfolgen bei Verstoß gegen das Wettbewerbsverbot	179
VII. Zusammenfassung zu C	180
D. Satzungsbestimmungen zum Informationsrecht	182
I. Erforderlichkeit und Zulässigkeit der Satzungsbestimmungen zum Informationsrecht im allgemeinen.....	182
1. Erforderlichkeit der Satzungsbestimmungen	182
2. Zulässigkeit der Satzungsbestimmungen	183
II. Die einzelnen wesentlichen Satzungsbestimmungen zum Informationsrecht hinsichtlich ihrer Erforderlichkeit und Zulässigkeit	184
1. Satzungsbestimmung über den Aufbau eines Informationssystems	184

a) Erforderlichkeit des Aufbaus eines Informationssystems	184
b) Zulässigkeit der Einrichtung eines gesellschaftsinternen Berichtssystems	186
aa) Die Berichtspflicht der Geschäftsführer von sich aus	186
(1) Die gesetzliche Ausgangslage	186
(2) Die allgemeine Berichtspflicht der Geschäftsführer	188
(a) Meinungsstand in der Literatur	188
(b) Stellungnahme	189
(aa) Das gesteigerte Informationsinteresse der GmbH-Gesellschafter aufgrund ihrer umfangreichen Kompetenzen	189
(bb) Die Berichterstattung der Geschäftsführer gegenüber den Gesellschaftern als eine Pflicht der Geschäftsführer	192
(3) Umfang und Schranken der Berichtspflicht	197
(a) Umfang der Berichtspflicht	197
(b) Schranken der Berichtspflicht	198
bb) Die Berichterstattung nach dem Gesellschaftsvertrag bzw. dem Beschluss der Gesellschafterversammlung	199
(1) Zulässigkeit	199
(2) Inhalt und Umfang der Berichte	200
(3) Form der Berichterstattung	204
(4) Grundsätze einer gewissenhaften und getreuen Rechenschaft	204
(5) Schranken der Berichtspflicht	205
2. Satzungsbestimmung über das Verfahren des Informationsverlangens und der Informationserteilung	205
3. Satzungsbestimmung über das Verfahren der Informationsverweigerung	207
4. Satzungsbestimmung über die Ausübung des Informationsrechts durch Dritte	209
a) Zwingende Drittbeteiligung durch Satzung	209
b) Ausschluss der Drittbeteiligung durch Satzung	211
5. Satzungsbestimmung über die Pflicht zur vertraulichen Behandlung der erhaltenen Informationen	212
6. Satzungsbestimmung über das Wettbewerbsverbot für Gesellschafter	213
a) Satzungsmäßiges Wettbewerbsverbot während der Dauer der Gesellschaftszugehörigkeit	213
aa) Das Bedürfnis für das satzungsmäßige Wettbewerbsverbot	213
bb) Zulässigkeit des Wettbewerbsverbots durch Satzung	213
cc) Schranken des satzungsmäßigen Wettbewerbsverbots	214
b) Satzungsmäßiges Wettbewerbsverbot nach Beendigung der Gesellschafterstellung (Nachvertragliches Wettbewerbsverbot)	214

XII

aa) Die Notwendigkeit des Wettbewerbsverbots nach Beendigung der Gesellschafter-stellung	214
bb) Zulässigkeit des nachvertraglichen Wettbewerbsverbots	215
cc) Schranken der zulässigen Vereinbarungen	216
c) Formulierungsvorschlag	218
7. Satzungsmäßige Schiedsklausel (Schiedsgerichtsvereinbarung)	219
a) Das Bedürfnis für die satzungsmäßigen Schiedsabreden über das Informationsrecht des Gesellschafters	219
b) Schiedsfähigkeit des Informationsrechts des Gesellschafters	220
aa) Meinungsstand	220
bb) Stellungnahme	221
III. Zusammenfassung zu D	222
5. Teil: Zusammenfassende Bewertung	225
Literaturverzeichnis	229